

chemie report

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

08/2019 ► **3 Editorial** Klima schützen und Wettbewerbsfähigkeit erhalten ► **6 Offen und nachvollziehbar** „Allianz für Lobbytransparenz“ fordert Interessenvertretungsgesetz ► **8 Grundsteuer** Die Reform nimmt Fahrt auf ► **11 Dekarbonisierung** Diskussionen über Wege zur Treibhausgasneutralität ► **15 Medizinische Biotechnologie** Report mit aktuellen Wirtschaftsdaten erschienen ► **16 Bahnverkehr** Breites Bündnis für mehr Gleisanschlüsse ► **17 Niedrigwasser im Rhein** Bundesverkehrsminister stellt mit Industrie „8-Punkte-Plan“ vor

CO₂-Preis und Klimaschutz

Der Emissionshandel funktioniert und wirkt

Die Politik diskutiert intensiv darüber, ob und wie eine Bepreisung von CO₂, die eventuell mit einem Umbau des Steuersystems verbunden wird, dazu beitragen kann, die deutschen Klimaziele zu erreichen. Vorschläge von Parteien und Verbänden häufen sich. Auch das Klimakabinett der Bundesregierung hat auf seiner Sitzung im Juli mehrere Modelle beraten. Vor diesem Hintergrund gerät aus dem Blick, wie gut der Emissionshandel (ETS) bisher für den Klimaschutz funktioniert hat. Für die Industrie hat CO₂ durch das ETS schon lange einen Preis.

Energiewirtschaft und Industrie unterliegen dem EU-Emissionshandel. Er trägt seit der Einführung vor 14 Jahren durch die Mengensteuerung zielgenau dazu bei, Treibhausgase zu vermeiden: Minus 26 Prozent beträgt die Bilanz seit 2005. Die zusätzlichen Energiekosten der deutschen Chemieunternehmen durch das ETS liegen bei gut 1,3 Milliarden Euro pro Jahr – trotz der Strompreiskompensation. Der VCI hält daher Vorschläge für eine nationale CO₂-Steuer für verfehlt, die diese beiden Sektoren einbezieht und sie so mit zusätzlichen Kosten belastet. Das gilt aus Sicht des VCI auch für die

Die Bepreisung von CO₂ wird im kommenden Klimaschutzgesetz vermutlich eine zentrale Rolle spielen, damit Deutschland seine mittel- und langfristigen Klimaschutzziele erreichen kann.



➔ Einführung eines höheren nationalen Mindestpreises für CO₂-Zertifikate (26 Euro je Tonne, Stand: Juli 2019). Diese Maßnahme würde zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für die deutschen Unternehmen im EU-Binnenmarkt führen.

Problematisch ist aus Sicht des VCI zudem der Vorschlag, den europäischen Zertifikatehandel auf Verkehr und Gebäude zu erweitern. Diese Maßnahme würde zu erheblichen Verzerrungen im Preissystem des ETS führen. Denn die Reduktion von Treibhausgasen bei Verkehr und Gebäuden ist um ein Vielfaches teurer als bei den derzeit im ETS erfassten Sektoren. Erst ab einem Zertifikatspreis von 200 Euro pro Tonne CO₂ wird nach Berechnung des VCI ein Anreiz für zusätzliche Reduktionsmaßnahmen bei Verkehr oder Gebäuden entstehen. Die Chemie müsste bei einem solchen Preis für die Zertifikate energieintensive Anlagen schließen. Der VCI plädiert daher mit Nachdruck dafür, Verkehr und Gebäude in einem separaten System zu erfassen. Tillmann: „Nur mit einem getrennten Handelssystem ließe sich dieses Ungleichgewicht in den Vermeidungskosten auffangen.“

ETS NICHT ÜBERFRACHTEN

Der VCI appelliert daher an die Politik, den bestehenden EU-Emissionshandel weder durch andere Sektoren zu überfrachten noch ihn durch einen nationalen Alleingang über einen höheren Mindestpreis für Zertifikate zu überbieten. „Das System funktioniert und wirkt, so wie es ist. Es liefert einen verlässlichen Beitrag für den Klimaschutz in der EU“, betont der Hauptgeschäftsführer des Chemieverbandes in Frankfurt.

Derzeit diskutieren Politik und Gesellschaft intensiv darüber, ob und wie eine Bepreisung von CO₂ – gegebenenfalls verbunden mit einem Umbau des Steuersystems – dazu beitragen kann, die mittel- und langfristigen Klimaschutzziele Deutschlands zu erreichen. Auch hier muss gelten, dass die Industrie nicht mit dieser nationalen Bepreisung zusätzlich belastet wird. Als Leitplanke für die Einführung einer CO₂-Bepreisung in Deutschland betrachtet der VCI, dass Einnahmen daraus nicht im Staatshaushalt verbleiben, sondern für den Klimaschutz zweckgebunden eingesetzt werden. Eine Entscheidung über eine CO₂-Bepreisung als Instrument im kommenden Klimaschutzgesetz will die Bundesregierung bis Ende September treffen.

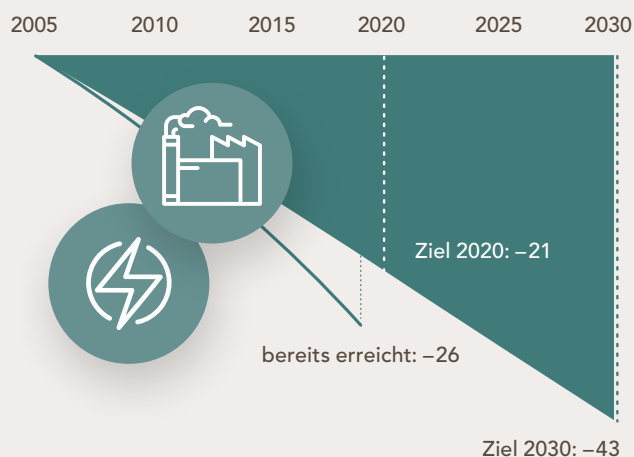
Die Bilanz der Chemie in Deutschland beim Klimaschutz ist positiv: Die Treibhausgase haben sich seit 1990 halbiert bei einem gleichzeitigen Anstieg der Produktion um fast 70 Prozent. Klimaschutz hat für die Branche hohe Bedeutung. Die Unternehmen sehen darin nicht nur einen gesellschaftlichen Auftrag, sondern auch große Chancen. Die Chemie ist mit ihren Produkten und Innovationen Teil der Lösung, CO₂-Emissionen zu vermindern – zum Beispiel durch Werkstoffe für den Leichtbau im Verkehr oder für die Nutzung von Windkraft und Solarenergie. Tillmann: „Um diesen Beitrag auszubauen, brauchen wir Rahmenbedingungen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten und gleichzeitig unsere Innovationsfähigkeit stärken.“ **mr**



Eins von mehreren Gutachten zur CO₂-Bepreisung in den letzten Wochen stammt vom Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen. Die Experten übergaben der Bundeskanzlerin Mitte Juli ihre Analyse mit dem Titel „Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik“.

KLIMAZIELE DES EU-EMISSIONSHANDELS

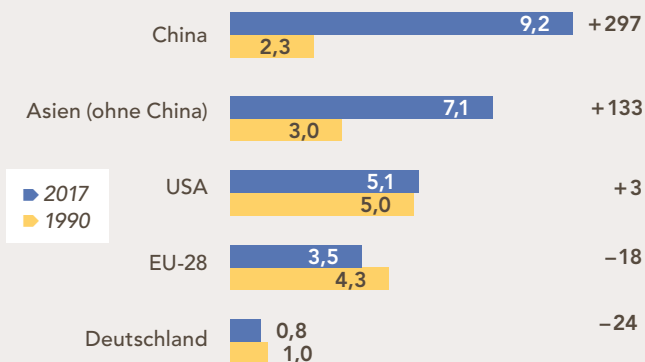
Reduktion der Treibhausgase in Prozent im Vergleich zu 2005



Wirkt zuverlässig: Der Emissionshandel deckt rund die Hälfte der Emissionen in der EU ab. Seit 2005 ist der Ausstoß von Treibhausgasen in der Energiewirtschaft und der Industrie EU-weit um 26 Prozent gesunken. Quelle: EU-Kommission

GLOBALE KLIMABILANZ: REGIONEN UND NATIONEN

CO₂-Emissionen in Milliarden Tonnen, Veränderung in Prozent



Ungleiche Entwicklung: Während die EU ihren Ausstoß von CO₂ merklich reduziert hat, stiegen die Emissionen in anderen Ländern und Regionen seit 1990 zum Teil drastisch an. Das gilt insbesondere für Asien und China. Quellen: BP, VCI

STANDPUNKT

Klima schützen und Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Klimaschutz hat für die chemische Industrie eine hohe Bedeutung. Wir sehen darin nicht nur eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und künftigen Generationen, sondern auch große Chancen für die Zukunft. Denn unsere Branche leistet mit vielen innovativen Produkten einen erheblichen Beitrag für mehr Klimaschutz.

So wird etwa durch den Einsatz von Kunststoffen der Treibstoffbedarf aller Fahrzeuge in Deutschland um ein halbe Milliarde Liter pro Jahr verringert. Neue Werkstoffe aus der Chemie sind für den Leichtbau unverzichtbar, um den Verbrauch weiter zu senken und die Reichweite elektrisch angetriebener Fahrzeuge zu erhöhen. Und mit innovativen Beschichtungen und Fasern für leistungsfähigere Windkraftanlagen trägt die Chemie auch dazu bei, dass die Windenergie im vergangenen Jahr den zweitgrößten Anteil zur deutschen Stromproduktion liefern konnte.

Auch in unserer eigenen Produktion ist die Bilanz positiv: Der Ausstoß von Treibhausgasen der Branche hat sich seit 1990 annähernd halbiert. Dazu hat auch der europäische Handel mit Zertifikaten für CO₂-Emissionen einen wichtigen Beitrag geleistet. Er hat das für 2020 vorgegebene Ziel von minus 21 Prozent schon übertroffen. Der Emissionshandel gewährleistet, dass der Ausstoß von Treibhausgasen in Industrie und Energiewirtschaft bis 2030 um mindestens 43 Prozent sinken wird.



Hans Van Bylen,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)

Es gibt nun Überlegungen in Deutschland, dieses System auf andere Sektoren wie Verkehr und Gebäude zu erweitern. Auch eine CO₂-Steuer ist in der Diskussion. Angesichts der unbestreitbaren, globalen Herausforderungen im Klimaschutz ist es sicher richtig, über neue Instrumente oder Wege zu diskutieren. Doch sollten dabei die möglichen Auswirkungen – auch im internationalen Wettbewerb – ebenfalls genau betrachtet werden. Zusätzliche Kostenbelastungen für die Industrie müssen vermieden werden.

Eine Reihe von Regulierungen hat dazu geführt, dass sich die Energiekosten inzwischen zu einem kritischen Standortfaktor für viele Unternehmen unserer Branche entwickelt haben. Schon heute zahlen Gewerbe und Industrie in Deutschland die höchsten Strompreise in der EU. Auch das Preisniveau unserer Wettbewerber in Asien und den USA liegt deutlich niedriger.

Bei aller Notwendigkeit, zum Schutz des Klimas zu handeln: Deutschland steht aktuell für rund 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Ein nationaler Alleingang in Deutschland würde daher für die globale CO₂-Bilanz wenig bewirken. Wir brauchen internationale Vereinbarungen für eine nachhaltige Trendwende beim Klimaschutz. Ein gemeinsamer Emissionshandel der G20-Staaten könnte ein wichtiger Schritt sein.

Wussten Sie schon?**Fast die Hälfte ...**

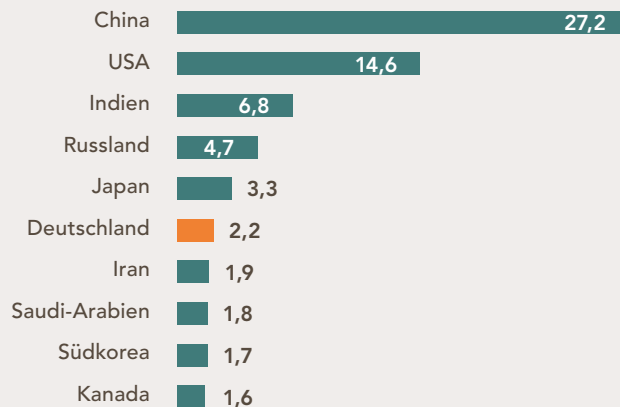
aller CO₂-Emissionen wird heute von nur 3 Ländern verursacht: China, USA und Indien. Sie repräsentieren gleichzeitig über 40 Prozent der Weltbevölkerung.

Rund zwei Drittel des CO₂-Ausstoßes sind heute auf zehn Länder zurückzuführen. Davon gehören alle bis auf den Iran zum Kreis der G20-Staaten. Der Anteil Deutschlands liegt aktuell bei 2,2 Prozent.

Das Abkommen von Paris war ein wichtiger Meilenstein für den Klimaschutz. Es muss aber mehr geschehen, um eine Wende bei den globalen CO₂-Emissionen zu erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu wahren. Die politischen Anstrengungen der Bundesregierung sollten sich daher aus Sicht des VCI gemeinsam mit der EU darauf fokussieren, auf G20-Ebene einen Emissionshandel zu vereinbaren. Diese Staaten zeichnen für 80 Prozent der globalen Treibhausgase verantwortlich. So ließen sich große Potenziale für den Klimaschutz heben. 📌

VERTEILUNG DER GLOBALEN CO₂-EMISSIONEN

Anteile der 10 größten Emittenten nach Ländern, 2017, in Prozent



Weltweite Maßnahmen nötig: Die Anstrengungen müssen verstärkt werden, um auf G20-Ebene gemeinsam Lösungen für den Klimaschutz zu entwickeln. Quelle: Global Carbon Project

Kritik an Umsetzung der Chemikalienverordnung REACH

Chemie setzt Aktionsplan zur Dossierqualität um

Der europäische Chemieverband Cefic hat Ende Juni seinen „REACH Dossier Improvement Action Plan“ zur proaktiven Überprüfung und Aktualisierung der REACH-Registrierungsdossiers vorgestellt. Inzwischen ist die Umsetzung in der Branche angelaufen.

Die von Behörden geübte Kritik an der Qualität der REACH-Registrierungsdossiers hat eine politische und öffentliche Diskussion ausgelöst (siehe chemie report 6+7/2019). Der VCI hat daher alle Mitgliedsunternehmen, die Stoffe im Rahmen von REACH registriert haben, aufgerufen, sich an dem Branchenaktionsplan von Cefic zu beteiligen. Auf dieser Grundlage können Unternehmen ihre Dossiers in den kommenden Jahren überprüfen und, falls notwendig, an die heutigen Anforderungen anpassen. Der Aktionsplan wird von 2019 bis 2026 in enger Kooperation mit der EU-Chemikalienagentur ECHA umgesetzt.

„Die chemische Industrie steht zu REACH“, betont VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann. „Die Branche trägt das Ziel der Verordnung uneingeschränkt mit, ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sicherzustellen. Der neue Aktionsplan ist dafür ein wichtiger Beitrag.“ Über 95.000 Dossiers für rund 22.000 Stoffe haben die europäischen Chemieunternehmen bis heute angefertigt. Vier Milliarden Euro hat die Branche dafür investiert. Mehrere Tausend Mitarbeiter waren damit betraut, die Dossiers nach den Vorgaben der REACH-Verordnung zu erstellen.

Dennoch war im vergangenen Jahr in der EU Kritik an der REACH-Umsetzung aufgekommen. Auslöser war unter anderem ein Evaluierungsprojekt zur Qualität der Registrierungsdossiers, das deutsche Behörden seit 2014 durchführen.

Auch die EU-Chemikalienagentur ECHA sieht Handlungsbedarf bei den Unternehmen. EU-Kommission und ECHA haben Ende Juni einen eigenen Aktionsplan zur Dossierbewertung veröffentlicht.

ABSICHTSERKLÄRUNG UNTERZEICHNEN

Der neue Branchenaktionsplan von Cefic besteht seinerseits unter anderem aus einer Absichtserklärung (Declaration of Intent): Die unterzeichnenden Unternehmen bekunden damit die Absicht, ihre REACH-Registrierungsdossiers zu überprüfen und gegebenenfalls weitere Informationen im Einklang mit dem Aktionsplan vorzulegen. Die Unternehmen verpflichten sich auch, Key-Performance-Indikatoren (KPIs) an Cefic zu berichten, damit der Verband jährlich über die Fortschritte informieren kann.

Teil des Aktionsplans ist außerdem eine Kooperationsvereinbarung zwischen Cefic und ECHA. Diese beinhaltet eine Reihe spezifischer Maßnahmen zur Unterstützung der Umsetzung und soll zu einem besseren Verständnis führen, wie die Erwartungen der ECHA beim Thema Compliance-Checks erfüllt werden können.

Alle Mitglieder des Cefic-Board haben sich bereits zu dem Aktionsplan bekannt. VCI-Mitgliedsunternehmen, die Registrierungsdossiers bei der ECHA eingereicht haben, sind auch eingeladen, die Absichtserklärung zu unterzeichnen. *cta*

Service:

Alle Informationen und Dokumente zum Cefic-Aktionsplan gibt es unter: <http://bit.ly/dossier-improvement-action-plan>



Die Chemiebranche hat über den europäischen Chemieverband Cefic einen Aktionsplan zur Qualität der Registrierungsdossiers vorgelegt. Der Plan wird in enger Kooperation mit der ECHA umgesetzt.



Mit Gießereichemikalien lassen sich Bauteile und Gussformen in jeder beliebigen Form herstellen und nach der anschließenden Verwendung wieder zu 100 Prozent recyceln.

Industrieverband Giesserei-Chemie e.V. (IVG)

Technologieentwicklung gemeinsam vorantreiben

Der IVG ist ein Fachverband des VCI. Die hier zusammengeschlossenen Hersteller von Gießerei-Hilfsstoffen, Formstoff-Bindemitteln und Formstoff-Überzügen bieten kompetente Dienstleistungen für die globale Gießerei-Industrie.

Ob im Maschinen- und Anlagenbau, bei der Produktion von Verbrennungsmotoren für die Automobilindustrie, von Wasserhähnen, Türklinken oder Kirchenglocken – die Produkte und Dienstleistungen der deutschen Gießereichemikalienhersteller sind unverzichtbar. Mit ihnen lassen sich Bauteile und Gussformen in jeder beliebigen Form herstellen und nach der anschließenden Verwendung wieder zu 100 Prozent recyceln. Die im IVG organisierten Unternehmen mit ihren 1.200 Mitarbeitern sind somit unverzichtbare Vorlieferanten für die globale Gießerei-Industrie.

Die Gießereibranche zählt zu den wichtigsten Zuliefererindustrien für die Fahrzeug- und Bauindustrie, den Maschinen- und Anlagenbau, die Gebäudeausrüstung sowie für die Luft- und Raumfahrt, Medizintechnik und Energiewirtschaft. In Deutschland gibt

es über 600 Gießereien. Die IVG-Mitgliedsunternehmen punkten bei ihnen vor allem durch ihr besonderes Know-how bei der Herstellung von Kernbindemitteln, was der IVG in seinem neuesten Erklärvideo auf der Verbandswebsite (www.giessereichemie.de) anschaulich darstellt. Das Video wird außerdem die erfolgreiche Zusammenarbeit des IVG mit Schulen bereichern.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERN

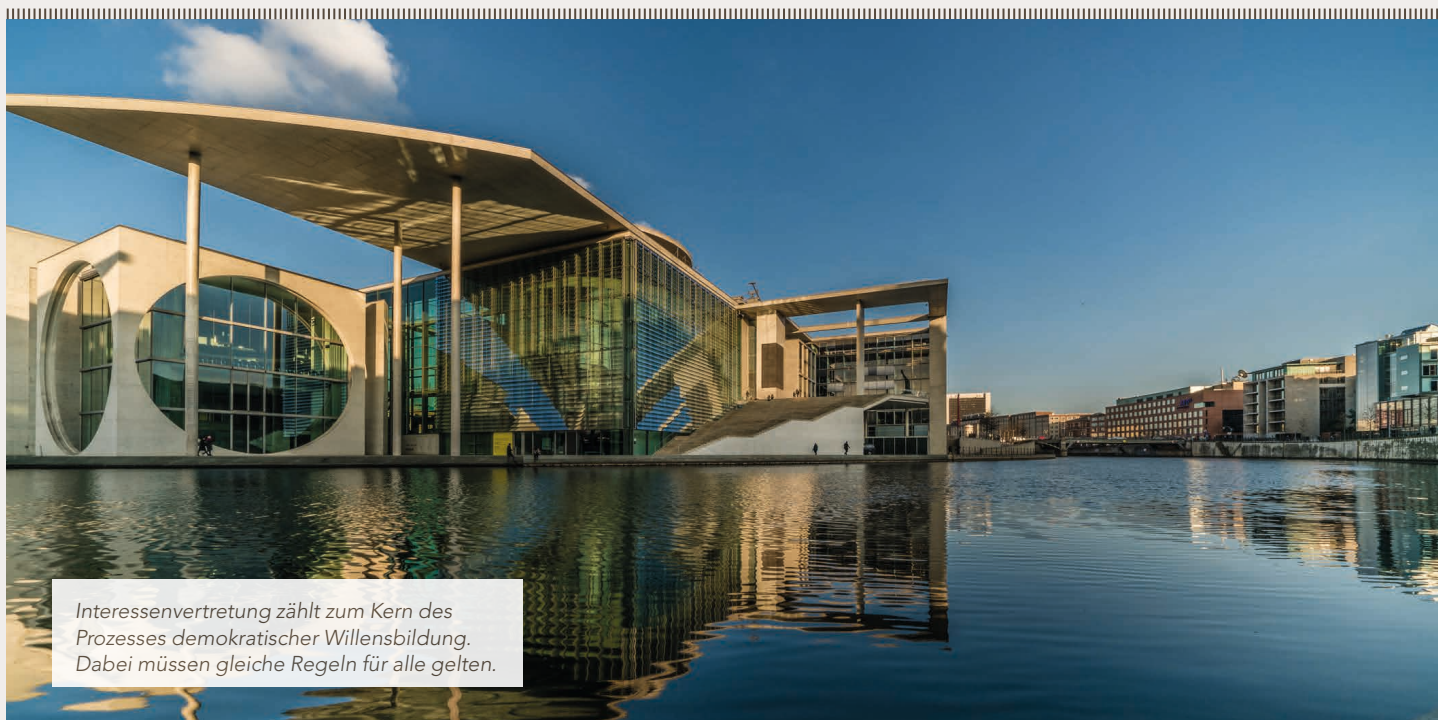
Darüber hinaus profitieren die Gießereien von der Innovationsfähigkeit der IVG-Mitglieder, die damit die Wettbewerbsfähigkeit der Gießereibranche absichern. Daneben stellen sich die IVG-

Mitglieder den Herausforderungen, die sich für sie durch das Voranschreiten der Elektromobilität ergeben. Mehr Elektromobilität bedeutet weniger Umsatzvolumen im Bereich der Verbrennungsmotoren, der einen Kernmarkt der Gießereichemie darstellt. Deshalb hat der IVG kürzlich das Center of Automotive Management in Bergisch Gladbach mit einer Marktabschätzung für Deutschland, die EU, USA und China beauftragt, die über Branchengrenzen hinweg viel Aufmerksamkeit erzielt hat.

Alexander Warstat (warstat@chemienord.de)

Der Industrieverband Giesserei-Chemie im Überblick

- **Gründungsjahr:** 1951
- **Branchenumsatz:** rund 400 Millionen Euro
- **Mitglieder:** Hersteller von chemischen Gießerei-Hilfsstoffen, Formstoff-Bindemitteln und Formstoff-Überzügen
- **Kunden:** Globale Gießerei-Industrie, allein in Deutschland über 600 Gießereien
- **Aktuelle Themen:** Als Zulieferer mit dem Schwerpunkt „Verbrennungsmotoren für die Automobilindustrie“ arbeitet die Branche an einer Transformationsstrategie
- Mehr Infos unter www.giessereichemie.de



Interessenvertretung zählt zum Kern des Prozesses demokratischer Willensbildung. Dabei müssen gleiche Regeln für alle gelten.

Lobbyismus braucht mehr Offenheit und Nachvollziehbarkeit

„Allianz für Lobbytransparenz“ fordert Interessenvertretungsgesetz

Die Interessenvertretung ist in den vergangenen Jahren zunehmend in Verruf geraten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben sechs Verbände ganz unterschiedlicher Couleur ein Eckpunktepapier für transparenten Lobbyismus formuliert. Initiiert haben der VCI und Transparency Deutschland diese „Allianz für Lobbytransparenz“.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre macht deutlich, dass die Industrie und ihre Verbände transparenter werden müssen. Denn die Gesellschaft sieht Interessenvertretung für die Industrie zunehmend kritisch und tituliert sie als Lobbyismus. Dabei zählt die Interessenvertretung zum Kern des Prozesses demokratischer Willensbildung. Der Austausch zwischen Politik und Lobbyisten ist für beide Seiten ein unverzichtbarer Baustein bei der Entstehung von Gesetzen. Politik ist auf externe Expertise angewiesen – unabhängig davon,

ob diese aus Industrie, Umweltverbänden oder Kirchen kommt. Verbände bündeln Meinungen und Positionen von Bürgern oder Unternehmen. Nicht ohne Grund sieht der nationale Gesetzgebungsprozess die Einbindung von Interessenvertretern bereits in der Entwicklungsphase eines Gesetzes vor.

UNGEWÖHNLICHES BÜNDNIS

In einer außergewöhnlichen „Allianz für Lobbytransparenz“ setzen sich jetzt sechs Organisationen für mehr Offenheit und Nachvollziehbarkeit in der politischen Interessenvertretung ein. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern der VCI, Transparency Deutschland, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), DIE FAMILIENUNTERNEHMER, der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ein umfassendes Interessenvertretungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode. Das Bündnis baut auf einer Kooperation von VCI und Transparency

Deutschland auf, die im vergangenen Jahr begonnen hat.

VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann betont: „Mit dieser überraschenden und breiten Allianz zeigen wir, dass Interessenvertretung kein Branchenthema ist. Sie ist vielmehr für alle Organisationen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche relevant. Klare und faire Regeln sind für alle Lobbyisten und Politiker gleichermaßen notwendig und sinnvoll. Denn das gestiegene Interesse der Gesellschaft an Transparenz ist legitim und nachvollziehbar. Diesem Anspruch müssen wir uns stellen.“

Hartmut Bäumert, Vorsitzender von Transparency Deutschland, fordert: „Um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu stärken, müssen die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, wie und warum politische Entscheidungen zustande kommen. Unsere breite Allianz zeigt: Es ist Zeit, endlich das Lobbyregister und den legislativen


Joachim Lang (BDI)

„Der Austausch zwischen Politik und politischer Interessenvertretung ist ein wichtiger Grundpfeiler politischer Meinungsbildungsprozesse. Mit diesem Eckpunktepapier für ein Interessenvertretungsgesetz setzen wir uns für mehr Fairness und Transparenz ein. Wichtig ist, dass für alle die gleichen Spielregeln gelten – ohne gleichzeitig eine überbordende Bürokratie zu erzeugen.“


Leif Miller (NABU)

„Gut finanzierte Lobbygruppen beeinflussen die Gesetzgebung und Politik der Bundesregierung, ohne dass das bislang transparent und nachvollziehbar war. Ein Lobbyregister auch für Deutschland ist daher überfällig. Es macht den ‚Lobbyfußabdruck‘ bei politischen Entscheidungen sichtbar.“


**Albrecht von der Hagen
(DIE FAMILIENUNTERNEHMER)**

„Eine Aufgabe von Politikern ist es, auch ohne tief greifendes eigenes Praxiswissen Entscheidungen zu treffen. Um deren Bedeutung und Auswirkungen in möglichst vielen Facetten umfassend überblicken und beurteilen zu können, tauschen sie sich mit Interessenvertretern aus. Dies ist ein wichtiger und unumgänglicher Baustein demokratischer Willensbildung. Ein Lobbyregister hilft, diese Prozesse zu verstehen und nachzuvollziehen.“


Klaus Müller (vzbv)

„Was in Brüssel längst selbstverständlich ist, muss endlich auch in Berlin gelten: Wir benötigen dringend ein öffentliches Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck, um nachvollziehen zu können, wer wie auf Gesetzgebung Einfluss nimmt. Damit setzen wir nicht nur ein Zeichen für verantwortliche Interessenvertretung, sondern stärken auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse insgesamt.“

Fußabdruck einzuführen. Denn: Wir brauchen eine transparente Interessenvertretung aufseiten von Wirtschaft und Zivilgesellschaft und eine öffentlich nachvollziehbare Interessenabwägung aufseiten der Politik und Verwaltung.“

VERHALTENSKODEX EINFÜHREN

Die sechs Organisationen befürworten ein öffentliches Lobbyregister, in das sich alle Personen eintragen müssen, die sich der politischen Interessenvertretung widmen. Das Register enthält auch Angaben zu den Tätigkeitsfeldern sowie zu den Finanzmitteln, die für die Interessenvertretung zur Verfügung stehen. Weiter empfehlen die Organisationen die Einführung eines verpflichtenden Verhaltenskodexes sowie dazugehöriger Sanktionen bei einem Verstoß gegen den Kodex. Sollten Interessenvertreter gegen den Verhaltenskodex verstoßen, würden Maßnahmen zum Tragen kommen, die in schweren Fällen auch zur Sperrung

des Zugangs zu politischen Institutionen (Ministerien und Bundestag) und/oder zur Sperrung der aktiven Teilnahme an öffentlichen Anhörungen zur Folge haben können.

Darüber hinaus plädiert die Allianz für einen „legislativen Fußabdruck“ in Form einer digitalen und öffentlich zugänglichen Dokumentation der politischen Interesseneingaben. Dazu sollen die Interessenbeteiligung und -abwägung in der Begründung von Gesetzesentwürfen erläutert werden. Das stärkt nach Auffassung der Organisationen Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Weiter schlagen sie die Etablierung eines sogenannten Lobbybeauftragten vor, der die Einhaltung der Umsetzung des Interessenvertretungsgesetzes überwacht und dem Deutschen Bundestag regelmäßig einen Lobbybericht vorlegt.

In der Öffentlichkeit ist die Initiative der sechs Organisationen auf erhebliches Interesse gestoßen. Gegenüber

dem „Tagesspiegel“ lobte Grünen-Politiker Sven Giegold die Forderung der Allianz nach einem Lobbyregister als großen Fortschritt: „Es ist allerdings typisch, dass die Lobbyverbände selbst wieder einmal weiter sind als die Große Koalition.“

Nur wer mit offenen Karten spielt, ist auch glaubwürdig. Transparenz in der Interessenvertretung wird das Vertrauen der Gesellschaft in die Industrie und die Arbeit ihrer Verbände stärken. Davon ist die Allianz für transparenten Lobbyismus überzeugt. *muz*

Service:

Das Eckpunktepapier steht als Download zur Verfügung unter:
<http://bit.ly/Lobbytransparenz>

Nachbesserungsbedarf bei Industriegrundstücken

Grundsteuerreform nimmt Fahrt auf

Im April 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht die der Grundsteuer zugrunde liegenden veralteten Einheitswerte für verfassungswidrig erklärt. Gleichzeitig gaben die Richter dem Gesetzgeber bis Ende 2019 Zeit, eine Neuregelung zu schaffen. Es wird aktuell mit Hochdruck daran gearbeitet.

Ende Juni 2019 hat die Bundesregierung ihre Entwürfe zur Grundsteuerreform verabschiedet. Kurz danach haben CDU/CSU und SPD drei mit den Regierungsentwürfen inhaltsgleiche Gesetzesentwürfe im Bundestag vorgelegt. Durch die Paralleleinbringung kann der Ablauf der parlamentarischen Beratungen beschleunigt werden. Die Gesetzesentwürfe sehen eine Öffnungsklausel für die Bundesländer vor, die ihnen die Möglichkeit gibt, die Grundsteuerreform selbst zu regeln. Dies kann vor allem für die Industrie von Bedeutung sein. Jedoch möchten bisher nur Bayern und Sachsen von der Öffnungsklausel Gebrauch machen.

WIE WIRD ZUKÜNFTIG GERECHNET?

Die derzeitige Fassung der Gesetzesentwürfe sieht für Industriegrundstücke das Sachwertverfahren als Bewertungsmethode vor. Diese Methode enthält jedoch verwaltungstechnische Hürden für die Industrie, die mit einem immensen Erhebungsaufwand einhergehen. Sie lassen außerdem eine deutliche Erhöhung der Grundsteuerbelastung für Industriegrundstücke befürchten. Insbesondere die Bodenrichtwerte, die für die Bewertung unbebauter Grundstücke (etwa für Lagerflächen) und bebauter Grundstücke (etwa für Produktionshallen) herangezogen werden sollen, sind problematisch. Gerade für Industriegrundstücke können Bodenrichtwerte zu nicht realitätsgerechten Bewertungen führen. Dies liegt zum einen daran, dass Bodenrichtwerte wertbeeinflussende Faktoren und besondere Eigenschaften von Grundstücken wie Altlasten, Bodenbelastungen oder Bodenversiegelungen nicht berücksichtigen. Zum anderen übersteigen die Bodenrichtwerte bei großen Flächen den tatsächlichen

Bodenwert in vielen Fällen deutlich. Dies gilt besonders für städtische und stadtnahe Industriegebiete. Zudem gibt es bei den Bodenrichtwerten kein bundeseinheitliches Ermittlungsverfahren. Sie sind vielmehr das Ergebnis einer typisierenden Schätzung und daher einer gerichtlichen Überprüfbarkeit regelmäßig nicht zugänglich.

Daher plädiert der VCI für eine flächenbasierte Bewertung der Industriegrundstücke. Führen hingegen die neuen Bewertungsregeln zu einer höheren Bemessungsgrundlage und damit zu einer höheren Grundsteuer als bisher, muss ein unbürokratischer Wertabschlag etwa für brachliegende, kontaminierte oder unverkäufliche Betriebsgrundstücke möglich sein. Der Erhebungsaufwand muss im vernünftigen Rahmen für die Industrie, aber auch für die Finanzverwaltung bleiben. Außerdem muss im Blick behalten werden, dass die Umsetzung der Grundsteuerreform auch tatsächlich für die Industrie aufkommensneutral bleibt, was dem gesetzgeberischen Willen entspricht. [Chin Chin King \(king@vci.de\)](mailto:Chin.Chin.King@vci.de)



Die Gesetzesentwürfe lassen eine deutliche Erhöhung der Grundsteuerbelastung für Industriegrundstücke befürchten.

EU-Freihandelsabkommen mit Vietnam und Mercosur

Fulminanter Schlussakkord der Juncker-Kommission



Die scheidende EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström kann insgesamt auf eine erfolgreiche Amtszeit zurückblicken. Zum Abschluss konnte sie Ende Juni in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi noch das Freihandelsabkommen der EU mit Vietnam unterzeichnen.

Ende Juni konnte EU-Handelskommissarin Malmström zwei wichtige Signale senden: Nach fast 20-jährigen Verhandlungen konnte sie die Einigung mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) über ein bilaterales Freihandelsabkommen verkünden. Dann unterzeichneten die EU und Vietnam ihre bilateralen Investitions- und Handelsabkommen. Damit wurden die Türen für intensiveren Handel mit Südamerika und Südostasien weit aufgestoßen.

Die scheidende Europäische Kommission kann zum Abschluss ihrer Amtszeit unterm Strich eine positive Bilanz ihrer liberalen handelspolitischen Strategie ziehen. Zwar musste mit den Verhandlungen zu TTIP mit den USA das größte Projekt Ende 2016 auf Eis gelegt werden. Andererseits gelang es, die Verhandlungen mit Kanada zu CETA, mit der Ukraine, Japan, Singapur und zuletzt Ende Juni mit Vietnam und Mercosur erfolgreich abzuschließen. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass europäische Unternehmen insbesondere in Amerika und Asien besseren Marktzugang erhalten. Außerdem wurden die Beziehungen

zu wichtigen internationalen Partnern gestärkt.

Die Unterzeichnung des Abkommens mit Vietnam Ende Juni in Hanoi öffnet etwa den Weg zur Eliminierung nahezu aller Chemieerzeugnisse und mehr Rechtssicherheit für Investoren in einem besonders dynamisch wachsenden Markt. Malmström betonte: „Dies ist das ambitionierteste Freihandelsabkommen, das die EU je mit einem Entwicklungsland geschlossen hat.“ Die Einigung auf freien Handel mit Mercosur ist für die Chemie von der Absatz- sowie der Beschaffungsseite interessant. Beide Abkommen enthalten auch umfassende Nachhaltigkeitskapitel. Leider wurden zum Teil sehr lange Übergangsfristen zur Zollsenkung vereinbart.

VERÄNDERTE WELTLAGE

Die Abkommen müssen jetzt aber auch rasch ratifiziert werden. Bei CETA und den Abkommen mit der Ukraine und Japan werden die Handelsteile bereits angewandt. Hier wäre für Rechtssicherheit eine baldige Ratifizierung ebenso wünschenswert wie bei den anderen Abkommen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Gefährdung des multilateralen Handelsrechtsrahmens der WTO gewinnen die

bilateralen Abkommen aus VCI-Sicht zusätzlich an Bedeutung. Es bleibt aber in Anbetracht der Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments abzuwarten, ob es den Abkommen mit Vietnam und Mercosur zustimmt.

Zudem ist es offen, inwieweit die neue Kommission den auf Marktöffnung setzenden Kurs in der Handelspolitik fortsetzen kann. Die veränderte Weltlage könnte dazu führen, dass auch die EU stärker als bisher dem Schutz der lokalen Produktionsbasis gegenüber der Erschließung der Weltmärkte den Vorzug gibt. Auslöser wären das robuste Auftreten der USA und daraus resultierende Handelsspannungen oder die offensiven Ambitionen Chinas zur Welttechnologieführerschaft mit massivem Einsatz staatlicher Mittel. Auch der zunehmende gesellschaftliche Druck zur Transformation der heimischen Industrie könnte protektionistische Stimmen lauter werden lassen. Der VCI erwartet mit Spannung die handelsstrategische Ausrichtung der neuen Kommission und wird ihr gegenüber weiterhin auf die Erfordernisse seiner global vernetzten Branche hinweisen.

Dr. Matthias Blum (blum@vci.de); udj

Chemiewaffenübereinkommen im Wandel

Neue Herausforderungen für die OVCW

Die Befugnisse der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen sollen ausgeweitet werden. Neuerungen sind geplant, die auch die chemische Industrie betreffen könnten – zum Beispiel eine Änderung der Chemikalienlisten.

Das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) ist weltweit ein Symbol für erfolgreiche Abrüstung. Für die deutsche Chemieindustrie und den VCI haben dieses Abkommen sowie die Zusammenarbeit mit der überwachenden Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OVCW) in Den Haag einen außerordentlich hohen Stellenwert: Sie verkörpern das Bekenntnis der Branche zur Ächtung von chemischen Kampfstoffen. Seit 1997 ist es gelungen, 97 Prozent der weltweit deklarierten Chemiewaffenbestände unter der Aufsicht der OVCW zu vernichten – Grund genug für das Nobelkomitee, der OVCW im Jahre 2013 den Friedensnobelpreis zu verleihen.

Doch seit dem Einsatz chemischer Waffen in Syrien und spätestens nach der Nervengift-Attacke im letzten Jahr im britischen Salisbury steht die Organisation vor einem Wendepunkt. Der Skripal-Fall löste eine heftige Krise zwischen Großbritannien und Russland und damit auch eine Kontroverse der Vertragsstaaten aus. Sichtbar macht sich diese Entwicklung dadurch, dass in den Gremien der OVCW zum ersten Mal in

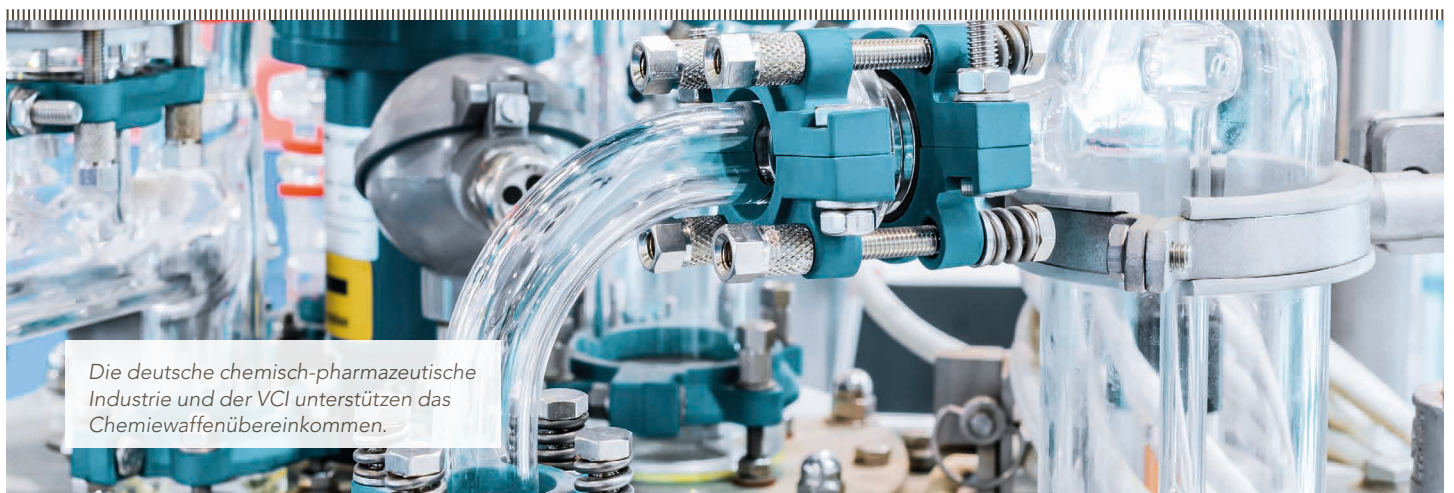
ihrer Geschichte Entscheidungen nicht im Konsens zwischen den Vertragsstaaten getroffen, sondern nur noch auf Basis von Mehrheitsentscheidungen beschlossen werden. Bedauerlicherweise konnte deshalb bei der letzten Überprüfungskonferenz 2018 kein verbindliches Abschlussdokument verabschiedet werden. „Ohne eine solche Willensbekundung der Vertragsstaaten weist die OVCW eine gewisse Richtungslosigkeit auf – das sind keine guten Nachrichten für die Zukunft des Abkommens und für eine friedliche Welt ohne Chemiewaffen“, bewertet Detlef Männig, Vorsitzender des VCI-Arbeitskreises „Internationale Kontrollfragen“ die Situation. Einer der Streitpunkte ist die Frage nach der Erweiterung der Befugnisse der OVCW. So sollen Inspektoren bei künftigen Vorfällen nicht nur feststellen, ob es zu einem Chemiewaffeneinsatz kam, sondern auch, wer die Verantwortung dafür trägt. Das wurde auf einer speziellen Vertragsstaatenkonferenz im Juni 2018 beschlossen, allerdings mit Widerstand von Russland und einigen Verbündeten.

GEPLANTE ÄNDERUNGEN

Diese Entwicklungen treffen auf eine neue Ära des Chemiewaffenübereinkommens, die für die Chemieindustrie mit neuen Herausforderungen verbunden ist. So werden die Chemikalienlisten, die seit Inkrafttreten des Abkommens im Jahre 1997 unverän-

dert geblieben sind, in näherer Zukunft Gegenstand von Erweiterungen. Dabei könnte es nicht nur um die Eintragung von chemischen Kampfstoffen gehen, sondern auch um die Aufnahme von Vorläuferchemikalien, die zum Teil in großem Umfang für zivile Produktionsprozesse genutzt werden. Zudem wird seit einigen Jahren auf Anregung des wissenschaftlichen Beirats der OVCW darüber diskutiert, ob biotechnologische Produktionsprozesse sowie Mischungen unabhängig vom Konzentrationsgrad im Rahmen von sogenannten BOC-Inspektionen überprüft werden sollen. Gegen eine grundlose Ausweitung des CWÜ-Verifikationsregimes auf Basis derartiger Empfehlungen spricht sich der internationale Chemieverband ICCA aus. Der VCI setzt sich dafür ein, dass die Expertise der deutschen Chemie weiterhin in die Diskussion einfließt, um praxisgerechte Lösungen zu finden. Männig unterstreicht: „Das Engagement Deutschlands bei der OVCW ist als drittgrößter Chemiestandort weltweit unerlässlich.“

Leider mangelt es an deutschem Personal bei der OVCW. Hier könnten die Unternehmen der deutschen Chemieindustrie durch befristete Entsendung oder Austausch von Mitarbeitern ihr Know-how anbieten und einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des CWÜ leisten. [Brian Petter \(petter@vci.de\)](mailto:petter@vci.de), mvz



Die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie und der VCI unterstützen das Chemiewaffenübereinkommen.



Strom aus erneuerbaren Energien spielt für die Dekarbonisierung der Wirtschaft eine wichtige Rolle.

Stakeholder-Dialog zur Dekarbonisierung

Diskussionen über Wege zur Treibhausgasneutralität

2017 hatte der VCI einen „Stakeholder-Dialog Dekarbonisierung“ initiiert. Mit Experten aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft fanden seitdem mehrere Gesprächsrunden statt, in denen Positionen und Lösungsansätze zur CO₂-Reduktion diskutiert wurden. Nach fünf Workshops haben die Teilnehmer nun ein Zwischenfazit gezogen.

Für die energieintensive chemische Industrie hat der Prozess der Dekarbonisierung besondere Relevanz: Die Branche wird auch in Zukunft große

Mengen an Energie benötigen. Gefragt sind daher Lösungen, wie diese Energie treibhausgasneutral erzeugt und bereitgestellt werden kann. Außerdem braucht die Chemie als einzige Industriebranche für einen großen Teil ihrer Produkte Kohlenstoff, aus dem am Ende des Lebenszyklus eines Produktes ebenfalls das Treibhausgas CO₂ entsteht.

Im Mittelpunkt des Austauschs zwischen Experten des VCI, der Chemieunternehmen und der verschiedenen Interessengruppen (siehe Kasten) standen daher unter anderem folgende Fragen: Kann es überhaupt eine Dekarbonisierung der Chemie geben, und wie soll sie gestaltet werden? Was erwartet die Gesellschaft von der Chemieindustrie? Und welche Rahmenbedingungen sind erforderlich, um den Klimazielen gerecht zu werden und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien zu erhalten?

ERSTE ERGEBNISSE

Trotz teilweise unterschiedlicher Interessenlagen ist es gelungen, zu bestimmten Aspekten einen gemeinsamen Nenner zu finden. So bekennen sich alle Akteure zum Pariser Klimaabkommen: Der weltweite Temperaturanstieg soll auf deutlich unter 2 Grad Celsius begrenzt werden.

Außerdem herrschte Einigkeit, dass der Begriff der Dekarbonisierung nicht so verstanden werden darf, dass Produkte der Chemie keinen Kohlenstoff mehr enthalten dürfen. Vielmehr soll nach technischen Möglichkeiten gesucht werden, die Entstehung von Treibhausgasen zu vermeiden oder zu reduzieren. Deswegen beschreibe auch der Begriff der „Treibhausgasneutralität“ am besten die Herausforderung, der die chemische Industrie gegenübersteht.

Die Dialoggruppe plädiert zudem für einen regulativen Rahmen, der eine Umsetzung der Dekarbonisierung wirtschaftlich möglich macht. Sie spricht sich auch dafür aus, Vertrauen in die Innovationsfähigkeit der Chemiebranche zu haben: Die chemische Industrie solle eine Vorreiterrolle einnehmen und den Pfad zu einer möglichst treibhausgasneutralen Gesellschaft mitgestalten.

Der Stakeholder-Dialog wird von der unabhängigen Organisation „Dialog Basis“ organisiert und mit allen Teilnehmern auch nach Erstellung des Berichts weitergeführt.

Jörg Rothermel (rothermel@vci.de)

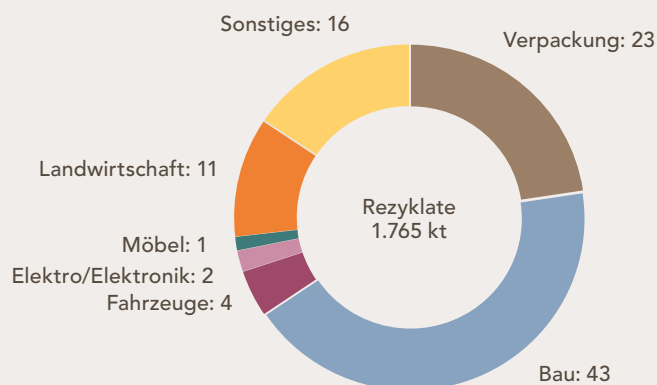
Service:

Den Zwischenbericht zum „Stakeholder-Dialog Dekarbonisierung“ gibt es unter: www.vci.de/broschueren

Teilnehmer des Dialogs

Agora Energiewende, BASF, BDI, BUND, Covestro Deutschland, DECHEMA, DIW, Dow Deutschland, Evonik Industries, Germanwatch, IG BCE, Infraser Höchst, KfW Bankengruppe, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro Berlin, LANXESS Deutschland, Main-site Industrie Center Oberburg, Mineralölwirtschaftsverband, Munich Re, NABU, VCI, Verbraucherzentrale NRW, Vinnolit, Wacker Chemie, Worlée-Chemie, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, WWF Deutschland

VERARBEITUNG VON REZYKLATEN NACH BRANCHEN 2017, Angaben in Prozent



Vielfältige Verwendungsmöglichkeiten: Aufbereitete Kunststoffe (Rezyklate) werden schon heute in zahlreichen Produkten eingesetzt. Eine große Bedeutung haben vor allem die Verpackungsbranche und das Baugewerbe.
Quelle: PlasticsEurope



Bei dem Praxisforum ging es um die Frage, wie innovative Lösungen für nachhaltige Verpackungen entwickelt werden können?

Zweites Praxisforum zum Thema „Neue Geschäftsmodelle für die zirkuläre Wirtschaft“

Ausrichtung auf Kundenbedürfnisse ist essenziell

Wie können innovative Lösungen für nachhaltige Verpackungen entwickelt werden? Diese Frage haben Experten aus Konsumgüterindustrie, Handel, Abfallwirtschaft und Chemie Ende Mai in Essen diskutiert. Gastgeber waren die Unternehmensberatung Accenture und der VCI.

Die Kreislaufwirtschaft für konsumnahe Verpackungen ist in Deutschland schon weit vorangeschritten. Sammelsysteme wie der Grüne Punkt oder bei PET-Getränkeflaschen sind etabliert. Große Teile des Verpackungsabfalls werden recycelt. Die Kunststoffindustrie setzt bereits über 12 Prozent Rezyklate (aufbereitete Kunststoffe) ein. Hersteller, Handel und Abfallwirtschaft suchen dennoch intensiv nach weiteren Möglichkeiten, Stoffkreisläufe zu schließen. Auf dem Praxisforum stellten Vertreter der REWE-Group und des Henkel-Konzerns Lösungsansätze aus Unternehmenssicht vor. Im Verlauf der Diskussion wurde klar, dass Kooperationen aller

beteiligten Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette erforderlich sind, um die Umwelt nachhaltig zu schonen und Materialkreisläufe zu schließen. Dies betrifft sowohl die Chemieindustrie als auch die Hersteller von Konsumprodukten, den Handel und Recyclingunternehmen. Nachhaltige Verpackungen müssen dabei zahlreiche Funktionen haben. Sie müssen Güter vor Transportschäden schützen, die Haltbarkeit verlängern und Kunden über den Inhalt der Verpackung informieren.

KUNDENORIENTIERUNG STÄRKEN

Dem Verbraucher kommt in der Kreislaufwirtschaft eine große Bedeutung zu. Er steht am Beginn der Wertschöpfungskette und ist somit ausschlaggebend für das Schließen von Kreisläufen. Der Verbraucher muss die neuen Verpackungskonzepte akzeptieren. Deshalb ist es sinnvoll, neue Verpackungslösungen aus der Kundenperspektive zu entwickeln. Wie das funktionieren kann, haben die Teilnehmer während des

Workshops mithilfe der Design-Thinking-Methode exemplarisch in kleinen Gruppen erarbeitet.

Da Kunden unterschiedliche Bedürfnisse haben, müssen Verpackungslösungen die jeweilige Zielgruppe ansprechen. Die Teilnehmer haben deshalb die Produktbedürfnisse für zwei fiktive Kundengruppen – die ökologisch bewusste und die preisorientierte – betrachtet. Auf Basis dieser Gruppen wurden nachhaltige Verpackungslösungen für ein Waschmittel und ein Deodorant erarbeitet. Als mögliche nachhaltige Verpackungslösungen wurden die Tetrapack-Verpackung sowie Pfand- oder Abfüllsysteme für Waschmittel erarbeitet.

Bei dem Workshop wurde deutlich, dass schon etliche innovative Ideen und Lösungen für nachhaltige Verpackungen vorhanden sind. Sie müssen aber in Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette umgesetzt werden, um den Verbraucheranforderungen gerecht zu werden. **Dr. Henrik Meincke (meincke@vci.de)**



VCI-Präsident Hans Van Bylen auf der Halbjahrespressekonferenz des Chemieverbands in Frankfurt am Main.

CHEMIEKENNZAHLEN FÜR DAS ERSTE HALBJAHR 2019

Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2018
(Zahlen sind gerundet und geschätzt)

	Veränderung in Prozent	Halbjahres- wert 2019
Produktion	- 6,5	-
ohne Pharma	- 2,5	-
Erzeugerpreise	+ 1,5	-
Umsatz	- 4,0	95,9 Mrd. €
Umsatz Inland	- 2,0	35,5 Mrd. €
Umsatz Ausland	- 5,0	60,4 Mrd. €
Beschäftigte	+ 0,5	464.800
Kapazitätsauslastung	-	84,0 %

Quellen: Destatis, ifo-Institut, VCI

Wirtschaftliche Lage der chemisch-pharmazeutischen Industrie

Schwieriges erstes Halbjahr für die Branche

Die Chemie- und Pharmaindustrie konnte im ersten Halbjahr 2019 nicht an das hohe Niveau des Vorjahres anknüpfen. Angesichts schwieriger globaler Rahmenbedingungen sank die Produktion im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,5 Prozent.

VCI-Präsident Hans Van Bylen hat Anfang Juli auf der Halbjahrespressekonferenz des Chemieverbands die wirtschaftliche Lage der Branche für die erste Jahreshälfte 2019 vorgestellt. Demnach hängt der deutliche Rückgang von Menge und Geschäftsergebnis auch mit der Normalisierung des Höhenflugs der Pharmasperte zusammen, deren Produktion 2018 durch einen Sondereffekt sprunghaft gestiegen war. Der Umsatz von Deutschlands drittgrößter Industriebranche schrumpfte so im ersten Halbjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent auf knapp 96 Milliarden Euro. Nahezu alle Produktbereiche waren von der schwächeren

Nachfrage betroffen: Die Produktion von Spezialchemikalien verringerte sich um 4 Prozent, Pharmazeutika lagen durch den ausgelaufenen Sondereffekt 14 Prozent unter Vorjahresniveau. Die Herstellung von Polymeren sank um 7 Prozent. Die Produktion von Seifen, Wasch- und Reinigungsmitteln ging um 4,5 Prozent zurück. Trotz der verhaltenen Chemiekonjunktur stieg die Beschäftigung leicht um 0,5 Prozent auf 464.800 Mitarbeiter.

LEICHT GESENKTE VCI-PROGNOSE

Die Verunsicherung in den Märkten ist weiterhin hoch. Dies zeigt sich auch in den Geschäftserwartungen. Insgesamt fällt der Blick in die Zukunft zurzeit wenig optimistisch aus. Der VCI rechnet allenfalls mit einer moderaten Erholung im weiteren Jahresverlauf. Van Bylen sagte: „Die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben hoch. Es drohen steigende Zölle zwischen den USA und China, und die Gefahr militärischer Konflikte im Nahen Osten nimmt

zu. Sollte es dazu kommen, würde dies den globalen Handel noch weiter bremsen und hätte deutliche Auswirkungen auf die deutsche Industrie. Auch die Gefahr eines harten Brexits ist immer noch nicht gebannt.“

Vor dem Hintergrund dieses globalen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes hat der VCI seine bisherige Prognose für das Gesamtjahr 2019 leicht gesenkt. Der Chemieverband geht jetzt von einem Produktionsrückgang in der Branche von 4 Prozent aus. Bei einem erwarteten Preisanstieg von 1 Prozent für chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse dürfte der Umsatz um 3 Prozent auf knapp 197 Milliarden Euro sinken. *cla*

Infoveranstaltung von VCI und Umweltbundesamt

Neuregelung der Abluftreinigung kommt voran

In der EU entsteht seit 2017 ein neues Merkblatt über die beste verfügbare Technik in der Abluftreinigung. Dafür wurde 2018 ein umfangreicher Informationsaustausch über den Stand der Technik in der Chemieindustrie durchgeführt. Ende Juni zogen Umweltbundesamt und VCI ein gemeinsames Fazit der Unternehmensbefragung bei einer gemeinsamen Infoveranstaltung.

„Die Datensammlung war ein voller Erfolg.“ Mit diesen Worten eröffnete Christoph Moritz, BASF, die Infoveranstaltung mit rund 70 Teilnehmern zum Merkblatt für Abgasreinigung in Frankfurt. Die beste verfügbare Technik zur Reduzierung von Umweltschadstoffen in Europa wird in verschiedenen „Best Available Techniques Reference Documents“ (BREF) beschrieben. Für die Erarbeitung ist jeweils ein sehr aufwendiger und langwieriger Prozess vonnöten. Derzeit wird das sogenannte WGC-BREF zum Thema „Common Waste Gas Treatment in the Chemical Sector“ erarbeitet. Es soll ab 2020 die Abluftreinigung in der chemischen Industrie regulieren. Die Datensammlung sollte dafür konsistente und realistische Bandbreiten ermitteln. Das ist ein essenzieller Punkt, auch für die chemische Industrie.



Ab 2020 sollen in der EU neue Anforderungen und Luftgrenzwerte für die Abgasreinigung in der chemischen Industrie gelten. Derzeit laufen noch die Verhandlungen über die neue Regelung.

Das WGC-BREF wird einen sehr großen Einfluss auf die Beschreibung des technischen Standards haben. Die Bedeutung für die chemische Industrie erläuterte Stefan Drees, Cefic, in seinem Vortrag. Allein in Deutschland werden fast 1.600 Anlagen von diesem Merkblatt abgedeckt. Durch die hohe Betroffenheit war es auch selbstverständlich, dass sich die Betreiber der deutschen

Anlagen bei der Datensammlung so engagierten. Fast 380 Fragebogen wurden ausgefüllt und werden nun vom zuständigen Büro in Sevilla ausgewertet. Auch im Vortrag des Umweltbundesamts wurde die Kooperation zwischen UBA und VCI gelobt. Gleichzeitig wurde aber auch betont, dass die Mitarbeit von Genehmigungs- und Überwachungsbehörden im bisherigen Prozess so gut wie bei keinem anderen BREF war.

Ein Highlight der Veranstaltung war der Vortrag des Autors des WGC-BREF, der erste Eindrücke und Ergebnisse der Datenauswertung zeigte. Aber gleichzeitig musste er auf die großen Herausforderungen hinweisen. Fast 200 Kombinationen von Abgastechniken gibt es. Eine sinnvolle Aussage über Techniken und erreichbare Emissionswerte zu machen, sei eine schwere Aufgabe.

Benjamin Wiechmann (wiechmann@vci.de)

Responsible-Care-Umfrage 2019: Ein Herz für Nachzügler

Für die Eingabe von Responsible-Care-Daten in die jährliche Online-Umfrage läuft die Zeit ab. Ende Juli sollten alle Mitgliedsunternehmen ihre Daten eingetragen haben. Ab Anfang August prüft der VCI die Plausibilität der Werte und Mengen. Allerdings ist die Datenbank dann noch nicht geschlossen. Der VCI hat ein Herz für Nachzügler: Aktualisierungen und Nachträge sind noch bis Ende August möglich.

Kontakt: Fragen zur RC-Umfrage beantwortet Hans F. Daniel (daniel@vci.de)



Service:

Die Vortrags-Charts zur Infoveranstaltung gibt es beim VCI zum Download: <http://bit.ly/Stand-WGC-BREF>



Biopharmazeutika haben einen Anteil von 27,4 Prozent am deutschen Pharmamarkt.

Hoher Nutzen für Patienten, Gesellschaft und den Standort Deutschland

Medizinische Biotechnologie auf Rekordhoch

Der aktuelle Biotech-Report zur Lage der medizinischen Biotechnologie in Deutschland ist erschienen. Die jährliche Studie wurde von Boston Consulting Group (BCG) für vfa bio erstellt und umfasst die wichtigsten Wirtschaftsdaten der medizinischen Biotechnologie für 2018. Dieses Mal liegt der Fokus unter anderem auf Biopharmazeutika für Patienten mit Autoimmunerkrankungen.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten unterstreichen den zunehmenden Stellenwert von Biopharmazeutika für die Patientenversorgung. 2018 erreichten Biopharmazeutika mit 38 Neuzulassungen ein Rekordhoch – 58 Prozent aller Neuzulassungen in Deutschland. Ihr Anteil am Gesamtpharmamarkt liegt mittlerweile bei 27,4 Prozent. 2018 betrug der Umsatz mit Biopharmazeutika 11,4 Milliarden Euro – eine Steigerung um 11,7 Prozent gegenüber 2017. Dieser positive Trend spiegelt sich ebenfalls in der Zunahme der Unternehmen in der medizinischen Biotechnologie um 4,4 Prozent auf 400 gegenüber dem Vorjahr und in einem Beschäftigungszuwachs um 5,7 Prozent auf 49.700 wider.

STANDORT DEUTSCHLAND STÄRKEN

Die positive wirtschaftliche Entwicklung von Biopharmazeutika in Deutsch-

land gilt es weiterhin zu stärken. Ziel sollte es in einem schnell zunehmenden internationalen Wettbewerb daher sein, die gute Position Deutschlands zu halten und möglichst noch weiter auszubauen. Umso wichtiger ist es daher, dass die Bundesregierung auf innovationsoffene Rahmenbedingungen setzt und dem Innovationszyklus weiter Schwung verleiht. Dabei gilt es, die gesamte Wertschöpfung von der Erforschung über die Entwicklung bis hin zur Produktion nachhaltig und international wettbewerbsfähig zu unterstützen.

HOHER NUTZEN FÜR PATIENTEN

Innovative Biopharmazeutika tragen zu neuen Therapieansätzen bei – etwa bei Autoimmun- und Krebserkrankungen sowie Stoffwechselkrankheiten und seltenen Erkrankungen. Damit eröffnen sie vielen Patienten neue Perspektiven auf Linderung oder Rückgang ihrer Krankheitssymptome. Damit steigt auch die Lebensqualität. Biopharmazeutika sind darüber hinaus auch von gesamtgesellschaftlichem Nutzen und haben ihren Anteil daran, dass die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage, zum Beispiel bei Patienten mit rheumatoider Arthritis, gesunken ist und weniger Erwerbsminderungsrenten aufgrund dieser Erkrankung in Anspruch genommen werden müssen.

CHRONISCHE LEIDEN LINDERN

Autoimmunerkrankungen sind in den Industrienationen die dritthäufigste Erkrankungsgruppe. Deutschlandweit sind rund 5 bis 8 Prozent der Bevölkerung betroffen. Der Oberbegriff Autoimmunerkrankung umfasst circa 80 bis 100 verschiedene Krankheiten von häufigen bis seltenen. Bei Autoimmunerkrankungen greift das Immunsystem Strukturen des eigenen Körpers an. Dabei kommt es zu schweren Entzündungen und zur Schädigung der betroffenen Organe. Der oftmals chronische Krankheitsverlauf stellt für Patienten eine besondere Belastung dar. Biopharmazeutika helfen dabei, Autoimmunerkrankungen, wie beispielsweise Multiple Sklerose, rheumatoide Arthritis oder Schuppenflechte, zu therapieren. Rund 30 Biopharmazeutika sind zur Behandlung von Autoimmunerkrankungen bereits zugelassen.

Dr. Sabine Sydow (s.sydow@vfa.de),
Elina Fecher (elina.fecher@dib.org)

Service:

Den Report „Medizinische Biotechnologie in Deutschland 2019“ gibt es zum Download unter:
<http://bit.ly/Biotech-Report>



Die chemische Industrie will die Vorteile der Eisenbahn stärker nutzen.

Breites Bündnis für mehr Gleisanschlüsse

Die „Gleisanschluss-Charta“ steht als Download zur Verfügung unter:
<http://bit.ly/Gleisanschluss-Charta>

Niedrigwasser im Rhein: Bundesverkehrsminister stellt mit Industrie „8-Punkte-Plan“ vor

Immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel

Der Bundesverkehrsminister hat mit Vertretern der Stahl-, Chemie- und Mineralölindustrie, den Produzenten mineralischer Massenrohstoffe und des Binnenschiffahrtsgewerbes einen „8-Punkte-Plan“ für die Rhein-Schifffahrt erarbeitet.

Der heiße Sommer 2018 hat die Schifffahrt auf dem Rhein massiv beeinträchtigt. Mit ihrem „8-Punkte-Plan“ wollen Bundesverkehrsministerium und Vertreter verschiedener Industriebranchen zuverlässig kalkulierbare Transportbedingungen auf Deutschlands größter Binnenwasserstraße bei extremem Niedrigwasser sicherstellen. Der Rhein ist einer der wichtigsten Transportwege in Deutschland – sechs der zehn größten deutschen Binnenhäfen liegen an diesem Wasserweg. Für die chemische Industrie ist er sogar die wichtigste Binnenwasserstraße. Die Betriebe im Westen und Südwesten Deutschlands sind durch sie mit Überseehäfen wie Rotterdam verbunden.

VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann sagt zum „8-Punkte-Plan“: „Damit ist ein guter Anfang gemacht, um bei langen Phasen ungewöhnlich niedriger Wasserstände des Rheins Transportausfälle zu verkürzen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, diese Maßnahmen zügig umzusetzen. Die Situation des Jahres 2018 war für viele Unternehmen kritisch. Denn die großen Mengen, die im Warenein- und -ausgang auf dem Binnenschiff befördert werden, lassen sich nicht ohne Weiteres auf Lkw oder Eisenbahn verlagern.“ Dringenden Handlungsbedarf sieht die Branche seit Langem bei der Abladeoptimierung der Engstellen am Mittel- und Niederrhein, etwa durch eine Vertiefung der Fahrrinne.

Der „8-Punkte-Plan“ enthält kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen in verschiedenen Bereichen. So sollen beispielsweise auch die Wasserstandsvorhersage verbessert und neue Transportkonzepte mit Schiffstypen entwickelt werden, die für Niedrigwasser geeignet sind. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer erklärt: „Wir müssen jetzt



Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (Mitte) und Vertreter der Industrie mit dem „8-Punkte-Plan“.

handeln, um die Transportbedingungen auch mit Blick auf klimatische Veränderungen konstant hoch zu halten.“

VERSORGUNGSSICHERHEIT WICHTIG

In den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind zahlreiche Chemieunternehmen angesiedelt, die auf eine bessere Schifffbarkeit des Rheins zwingend angewiesen sind. Die Geschäftsführer der betroffenen VCI-Landesverbände begrüßen deshalb ebenfalls den „8-Punkte-Plan“. Hans-Jürgen Mittelstaedt, Geschäftsführer VCI NRW: „Die Versorgung über Binnenschiffe ist nicht im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir sie aus dem Autofenster über den Rhein fahren sehen, dann erfreuen wir uns an ihrem Anblick, aber sehen nicht die bis zu 180 Lkw, die jedes Binnenschiff im Straßenverkehr ersetzt.“

Extremes Niedrigwasser im Rhein bringe zusätzliche Belastungen für Mensch und Umwelt mit sich – darauf weist Bernd Vogler, Hauptgeschäftsführer der Chemieverbände Rheinland-Pfalz, hin und betont: „Besonders die Binnenschifffahrt hilft uns, die Straßen zu entlasten und die CO₂-Emissionen bei Transporten zu reduzieren. Das verbessert auch die Lebensqualität bei den Anwohnern.“

Thomas Mayer, Hauptgeschäftsführer von ChemieBW, der Chemie-

verbände in Baden-Württemberg, ergänzt, dass „für die Versorgungssicherheit unserer baden-württembergischen Unternehmen auch die Wasserwege wichtig sind. Außerdem ist die Frachtschifffahrt für die Rheinschiene ein unverzichtbarer Teil im Verkehrsmix Autobahn A5, Rheintalbahn und eben dem Fluss. Davon profitieren der Verkehr und auch die Umwelt durch bedeutende CO₂-Einsparungen.“

„Das Chemieland Hessen liegt nicht nur geografisch zentral in Deutschland und Europa, sondern wird auch von den großen und bedeutenden Wasserwegen Rhein und Main geprägt. Zwei Drittel des hessischen Branchenumsatzes werden im Rhein-Main-Gebiet erwirtschaftet. Deshalb ist die Nutzung der Binnenschifffahrt für unsere Unternehmen besonders wichtig“, hebt Gregor Disson, Geschäftsführer des VCI Hessen, hervor.

Die Chemieindustrie verantwortet 10 Prozent der gesamten Beförderungsmenge im deutschen Binnenschiffsverkehr. Das sind rund 223 Millionen Tonnen. *mvz*

Service:

Den „8-Punkte-Plan“ finden Sie unter: <http://bit.ly/Niedrigwasser>

VCI positioniert sich zum Patentrecht

Geistiges Eigentum verdient Schutz

Der Schutz von Erfindungen ist im Patentgesetz geregelt. Fachkreise diskutieren aktuell eine Reform des damit einhergehenden Unterlassungsanspruchs. Insbesondere die Autoindustrie fordert die Einführung einer sogenannten Verhältnismäßigkeitsprüfung. Der VCI hat sich zusammen mit dem Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa) dagegen ausgesprochen, denn ein effektiver Patentschutz ist elementar für den Erhalt der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie.

Derzeit können Patentinhaber erwirken, dass eine unrechtmäßige Benutzung ihrer Erfindung unterlassen wird. Insbesondere die Automobilindustrie beklagt, dass sie zunehmend wegen der Verletzung von Patenten aus dem Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie (IT/TK) in Anspruch genommen wird. Hintergrund hierfür ist, dass der Bau eines digital vernetzten Autos potenziell in den Schutzbereich tausender solcher Patente eingreift. Sie schützen jeweils Kleinstbauteile im komplexen Produkt „Automobil“,

jedoch führt die Durchsetzung eines solchen Patents dazu, dass die Produktion des gesamten Fahrzeugs ausgesetzt werden muss. So schreibt es der Gesetzgeber vor. Nach Auffassung der Automobilindustrie steht der daraus resultierende Ausfallschaden in keinem Verhältnis zum erfinderischen Wert des Patents. Daher müsste § 139 des Patentgesetzes (PatG) um eine Verhältnismäßigkeitsprüfung ergänzt werden.

NEUE KONFLIKTE

Mit zunehmender Bedeutung von IT/TK-Patenten, insbesondere im Zusammenhang mit digitalisierten Produktionstechnologien und Industrie-4.0-Anwendungen, steigt die Relevanz der geschilderten Fälle auch für die chemisch-pharmazeutische Industrie. Dennoch lehnen VCI und vfa die Einführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung im § 139 PatG ab. Das geltende Recht bietet ein ausreichendes Spektrum an Lösungen, die gezielt weiterentwickelt werden können, um den beschriebenen Herausforderungen noch besser gerecht zu werden. Gegen eine Änderung des § 139 PatG spricht vor allem die Gefahr einer Rechtsunsicherheit und, dass die

Rechtsposition der Patentinhaber geschwächt wird.

Kernvorschlag von VCI und vfa ist es, den Vollstreckungsschutz gegen nicht rechtskräftige Unterlassungstitel zu stärken. So könnte sichergestellt werden, dass die Hersteller komplexer Produkte zunächst die Überprüfung der Bestandskraft von Patenten auf Kleinstbauteile abwarten könnten, ohne dass sie den vollständigen Produktionsstopp befürchten müssen. Das „injunction gap“, das aus der deutlich längeren Dauer der Patent-Nichtigkeitsverfahren im Vergleich zum Unterlassungsverfahren resultiert, könnte damit abgemildert werden. Dies müsste mit einer Beschleunigung der Patent-Nichtigkeitsverfahren vor dem Bundespatentgericht und deren besserer Verzahnung mit den Verletzungsverfahren einhergehen.

Derzeit prüft das Bundesjustizministerium den Reformbedarf im Patentrecht. Ein Fachgespräch hierzu hat kürzlich stattgefunden. VCI und vfa hatten dabei Gelegenheit, ihre Position zu erläutern.

Marcel Kouskoutis (kouskoutis@vci.de)



Das Automobil der Zukunft besteht aus vielen patentgeschützten Kleinstbauteilen. Das wirft neue Rechtsfragen auf.



6,5 Milliarden Euro zahlen diese vier Unternehmen für die Nutzung der neuen 5G-Mobilfunkfrequenzen.

Teil 16 der chemie-report-Serie „Chemie 4.0 im Detail“

Mehr Wettbewerb nach 5G-Auktion

Mitte März 2019 wurde die bundesweite Auktion der Frequenzen für das Mobilfunkbreitband der Zukunft gestartet. In einem aufwendigen Verfahren versteigerte die Bundesnetzagentur 420 Mhz aus den Bereichen 2 GHz und 3,6 GHz. Nach knapp 3 Monaten ist die Auktion Mitte Juni zu Ende gegangen.

Die Industrieverbände VCI, VDA, VDMA und ZVEI begrüßten das Ende der Frequenzversteigerung und die Tatsache, dass der dringend benötigte Netzausbau nun erfolgen kann. Vier Unternehmen (1&1 Drillisch, Telefónica O2, Telekom und Vodafone) waren zur Auktion zugelassen. Sie boten am Ende insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die neuen Nutzungsrechte. Mit dem erfolgreichen Einstieg eines vierten Netzbetreibers ist es gelungen, den Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt zu stärken. Dadurch besteht die Chance, dass sich die bisher vielfach unzureichende Mobilfunkversorgung für Industrieunternehmen und Endverbraucher in Zukunft verbessert.

Bis die ersten 5G-Netze an den Start gehen, wird es aber noch etwas dauern. Zunächst müssen die Unternehmen sich auf die Aufteilung der Frequenzblöcke einigen, da im Auktionsverfahren fast ausschließlich auf Spektrum geboten wurde und nicht auf konkrete Frequenzbänder. Derweil preschen einzelne Netzbetreiber aber schon mit Marketing-Aktivitäten vor. Kaum vergeht ein Tag ohne Pressemitteilung zu Ausbauplänen oder der Verfügbarkeit von 5G-fähigen Tarifen.

SCHRITTWEISER AUSBAU

Dabei kann 5G nicht überall gleichzeitig starten. Die Frequenzen im Bereich 3,6 GHz können von den Unternehmen ab sofort in Betrieb genommen werden. Aufgrund der physikalischen Eigenschaften eignen sie sich nicht sehr gut für die Versorgung von großen Flächen. Hierfür sind Frequenzen um 700 MHz deutlich besser geeignet, die die Mobilfunkbetreiber bereits 2015 im Rahmen der „2. Digitalen Dividende“ ersteigert haben. Da dort aber bis Ende Juni 2019 noch DVB-T (Digitales terrestrisches Fernsehen) ausgestrahlt wurde,

war die Mobilfunk-Nutzung noch nicht möglich. Ob die Unternehmen jedoch bereits jetzt 5G in diesem Frequenzband ausbauen werden, ist fraglich, da sich diese Frequenzen auch eignen, um möglichst günstig eine gute Abdeckung in ländlichen Regionen zu gewährleisten. Daher wird hier wohl die Wahl auf LTE/4G fallen.

Ende 2020 (teils Ende 2025) laufen die Nutzungsrechte für Frequenzen im Bereich 2 GHz aus, die im Moment für UMTS/3G verwendet werden. Es ist davon auszugehen, dass erst dann verstärkt in den 5G-Ausbau investiert wird. Bis dahin hat sich auch die Verfügbarkeit von Endgeräten, die mit dem 5G-Standard umgehen können, stabilisiert. Aktuell gibt es nur wenige 5G-Smartphones auf dem Markt.

Es wird also noch eine Weile dauern, bis 5G beim Endkunden ankommt. Bis dahin übernimmt LTE/4G eine wichtige Brückenfunktion. Zuletzt investierten die Netzbetreiber verstärkt in das Schließen von LTE-Funklöchern – nicht zuletzt auch aufgrund politischen und öffentlichen Drucks. *Christian Büniger (buenger@vci.de)*

Chemie-Gemeinschaftsstand auf der IdeenExpo 2019

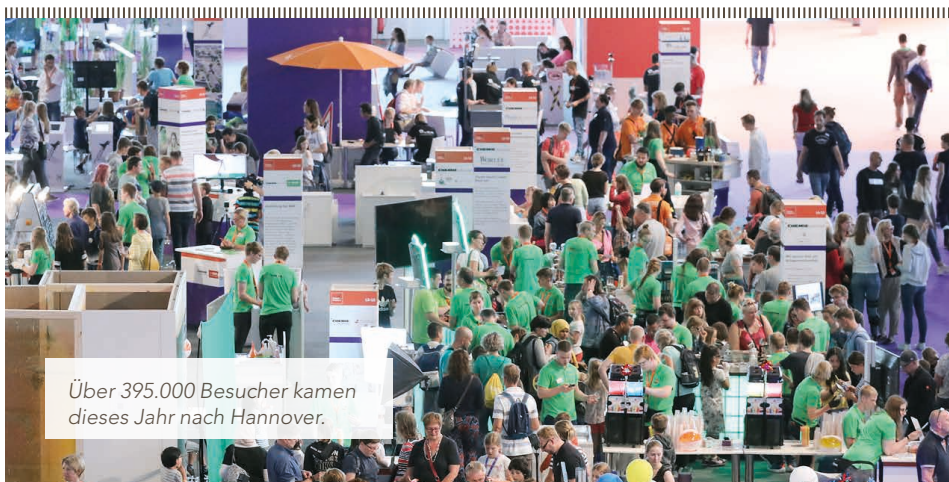
500 m² große bunte Experimentiermeile

Lernen und dabei Spaß haben sind keine Gegensätze. Davon konnten sich über 395.000 Besucher Mitte Juni in Hannover auf der IdeenExpo 2019 überzeugen. Neun Tage dauerte Europas größtes Jugendevent für Naturwissenschaften und Technik. Auch auf den rund 500 Quadratmetern des Chemie-Gemeinschaftsstands wurde ununterbrochen gebastelt, experimentiert und gestaunt.

Unter dem Motto „Chemie verbindet“ haben VCI Nord, ChemieNord, IG BCE, acht Chemieunternehmen und drei befreundete Verbände auf der IdeenExpo 2019 gezeigt, wie interessant und vielseitig Chemie ist – und wie wichtig für unseren Alltag. Bei Worleé konnten sich die Besucher einen Lack in ihrer Lieblingsfarbe anrühren, und beim VCI Bayern malten sie mit selbst gemachter Quarkfarbe Bilder. Auch der Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie setzte voll auf Farbe: Hier wurden 80.000 Farbkugeln in der Paintball-Arena verschossen.

Bei Covestro bauten insgesamt 1.400 Besucher ein Modellauto mit einem Dach aus einem neuen Spezialkunststoff. Ebenfalls fleißig gebastelt wurde bei Albemarle und Chemetall: 1.200 selbst gemachte Batterien für Mini-Ventilatoren und 1.800 selbst versilberte und vergoldete Kettenanhänger nahmen die Besucher mit nach Hause.

Bei der BASF Polyurethanes entwirrten 2.500 Kids einen Kabelsalat und



Über 395.000 Besucher kamen dieses Jahr nach Hannover.



Stets mit dabei auf dem Chemie-Gemeinschaftsstand: die IdeenExpo-Reporterin Lilo.

brachten die dazugehörigen Glühbirnen zum Leuchten. Bei VSM erklärten die Azubis anhand einer selbst gebauten Maschine mit Kräckern, Frischkäse und Petersilie, wie Schleifmittel hergestellt werden. Melos zeigte über Virtual Reality, was Chemie und Sport miteinander zu tun haben. PlasticsEurope präsentierte Experimente aus Kunos

cooler Kunststoff-Kiste und bei Fala mischten 900 Besucher ihr eigenes Geschirrspülmittel mit Apfelfduft.

An insgesamt drei Experimentiertischen boten elf vom Fonds der Chemischen Industrie geförderte Schulen täglich einen bunten Strauß an Experimenten an.

Rund 3.000 Naschkatzen erfuhren am Stand der IG BCE beim Genuss „selbst geangelter“ Süßigkeiten aus dem Candy-Grabber, was für Aufgaben eine Gewerkschaft hat. Und welcher Ausbildungsberuf in der Chemieindustrie zu ihnen passt, wollten 500 Jugendliche wissen und probierten den Ausbildungsfinder von Elementare Vielfalt aus.

Kathrin Becker (k.becker@chemienord.de)

Aufruf zur „Woche der Industrie“

In der Zeit vom 9. bis 24. September 2019 startet zum zweiten Mal die deutschlandweite Kampagne „Woche der Industrie“. Sie soll den Bürgerinnen und Bürgern die Beiträge der Industrie zum gesellschaftlichen Wohlstand näherbringen. Getragen wird die Kampagne von 15 Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie dem Bundeswirtschaftsministerium. Eine gute Gelegenheit für Unternehmen, Standorte und Belegschaften, sich als attraktive Arbeitgeber, wichtige Innovationstreiber und Leistungsträger in der Region zu präsentieren.

Mögliche Veranstaltungsformate sind auf der Website des Bündnisses dargestellt. Alles, was zur Planung, Umsetzung und Bewerbung eines Events benötigt wird, ist im sogenannten Partnerpaket zu finden.

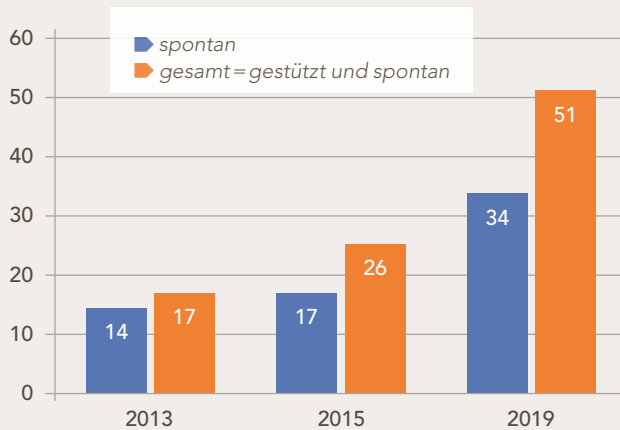
Kontakt: www.ihre-industrie.de/woche-der-industrie/partnerpaket

Service:

Ein Video über den Chemie-Gemeinschaftsstand 2019 gibt es unter: <http://bit.ly/VCINord>

NACHHALTIGKEIT WIRD STÄRKER WAHRGENOMMEN

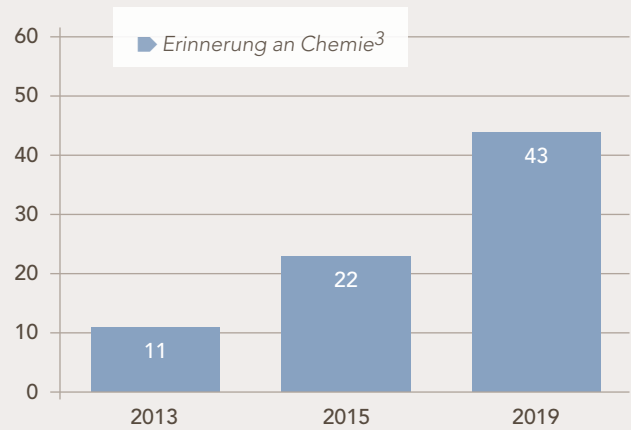
Frage: Gibt es eine Branche, von der Sie in letzter Zeit eine Initiative zu „Nachhaltigkeit“ wahrgenommen haben? Gibt es eine von der Chemie? Angaben in Prozent



Quelle: Trend & Motives, CID-Telefon-Umfrage 3+4/2019

NAME „CHEMIE³“ IST HEUTE DEUTLICH BEKANNTER

Frage: Können Sie sich an den konkreten Namen erinnern, unter dem die Chemie das Thema Nachhaltigkeit angeht? Angaben in Prozent



Quelle: Trend & Motives, CID-Telefon-Umfrage 3+4/2019

Umfrage unter Stakeholdern zur Nachhaltigkeit

Bekanntheitsgrad von Chemie³ deutlich gestiegen

Im Frühjahr 2019 hat die Initiative Chemie im Dialog (CID) eine repräsentative Umfrage unter Anspruchsgruppen der Chemie zur Nachhaltigkeit durchgeführt. Das Ergebnis: Die Nachhaltigkeitsinitiative der Branche, Chemie³, ist mittlerweile deutlich bekannter als noch bei der letzten Umfrage Ende 2015. Befragt wurden 372 Stakeholder aus Politik, Behörden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Von den Teilnehmern konnten sich 34 Prozent spontan an eine Nachhaltigkeitsinitiative oder einen Nachhaltigkeitsbericht einer Branche erinnern (2015: 17 Prozent). Die Frage, ob sie sich an eine Nachhaltigkeitsinitiative der Chemie erinnern können, bejahten mit 51 Prozent fast doppelt so viele wie 2015 (26 Prozent). Den Namen „Chemie³“ kannten 43 Prozent (2015: 22 Prozent). Von denen, die sich an die Initiative erinnern, glauben 66 Prozent, die Ziele und Leitlinien von Chemie³ gut bis sehr gut zu kennen.

Beim Nachhaltigkeitsverständnis zeigt sich jedoch, dass die Ökologie bei vielen Stakeholdern immer noch an erster Stelle steht. So stufen zwar 46 Prozent zunächst die drei Nachhaltigkeitskriterien Ökonomie, Soziales und Ökologie als gleichrangig ein (oder mindestens zwei davon). Wenn sie sich aber entscheiden müssen, gibt jeder Zweite der Ökologie den Vorzug. Außerdem geben die Stakeholder der Branche Hausaufgaben mit auf den Weg: 52 Prozent sehen in einer nachhaltigeren Produktion die spezifische Herausforderung für die Chemie in puncto Nachhaltigkeit. Nachgefragt, welchen konkreten Beitrag die Chemieindustrie schon heute zur Nachhaltigkeit leistet, erkennen immerhin 47 Prozent an, dass die Branche bereits Konkretes tut, um umwelt- und ressourcenschonender sowie sicherer zu produzieren.

UMFRAGE UNTER CHEMIE-BESCHÄFTIGTEN

Auch 98 Prozent der Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen Indus-

trie sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie verbinden mit Nachhaltigkeit vor allem ökologische Themen wie umwelt- und ressourcenschonendes Handeln. Soziales und wirtschaftliche Wettbewerbsstärke schneiden mit jeweils 45 und 28 Prozent deutlich schwächer ab. Das ist das Ergebnis einer Studie von IG BCE und BAVC unter 805 Beschäftigten, die Mitte 2018 durchgeführt wurde. Chemie³ kennen nur zehn Prozent. Ungeachtet dessen halten 95 Prozent der Beschäftigten es für wichtig, dass VCI, IG BCE und BAVC die Initiative gemeinsam tragen.

Jörg-Olaf Jansen (jansen@vci.de)

Service:

Die Beschäftigtenumfrage kann unter www.arbeit-umwelt.de im Bereich „Publikationen“ heruntergeladen werden.

Artikelserie Bürokratieabbau



Das Thema Bürokratieabbau ist seit Jahren Teil der politischen Debatten. Die praktische Umsetzung der Versprechungen hat dagegen deutlich an Fahrt verloren. Der VCI möchte mit seiner Artikelserie in gebündelter Form auf bürokratische Hemmnisse hinweisen, denen VCI-Mitglieder ausgesetzt sind. Thema dieser Ausgabe ist der „einmalige Erfüllungsaufwand“.

Bei der Einführung oder Änderung von rechtlichen Vorgaben entstehen Bürokratiekosten, die nur einmal entstehen: der einmalige Erfüllungsaufwand (auch Umstellungsaufwand genannt). Beispiele sind das Umrüsten von Maschinen

Teil 5: Einmaliger Erfüllungsaufwand

Mehr Transparenz schaffen und Kosten begrenzen

und Anlagen, bauliche Maßnahmen sowie Schulungs- und Digitalisierungsmaßnahmen. Kosten, die beispielsweise durch Anlagenstillstand und Ersatzbeschaffung entstehen, sind dagegen nicht enthalten. In den letzten sieben Jahren fiel allein in der Wirtschaft ein einmaliger Erfüllungsaufwand im Wert von rund 10 Milliarden Euro an. 60 Prozent dieser Kosten entfallen auf die Politikbereiche Klima/Energie sowie Abfälle/Wasser/Böden. Diese Bereiche im Verantwortungsbereich des Bundesumweltministeriums betreffen die chemisch-pharmazeutische Industrie besonders stark.

Die Bundesregierung will laut ihrem Arbeitsprogramm „Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau 2018“ ein Konzept zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand und zu dessen wirksamer und verhältnismäßiger Begrenzung erarbeiten.

MÖGLICHE MASSNAHMEN

In einem jüngst veröffentlichten Positionspapier des BDI werden diverse Reformansätze aufgezeigt, mit denen sich der Umstellungsaufwand begrenzen lässt.

Das Inkrafttreten neuer Regelungen an nur zwei festen Terminen pro Jahr etwa würde die Planungssicherheit bei den Unternehmen erhöhen. Eine bessere Abstimmung des Investitionsbedarfs an neue gesetzliche Regelungen könnte durch die Einführung von Übergangsfristen ermöglicht werden.

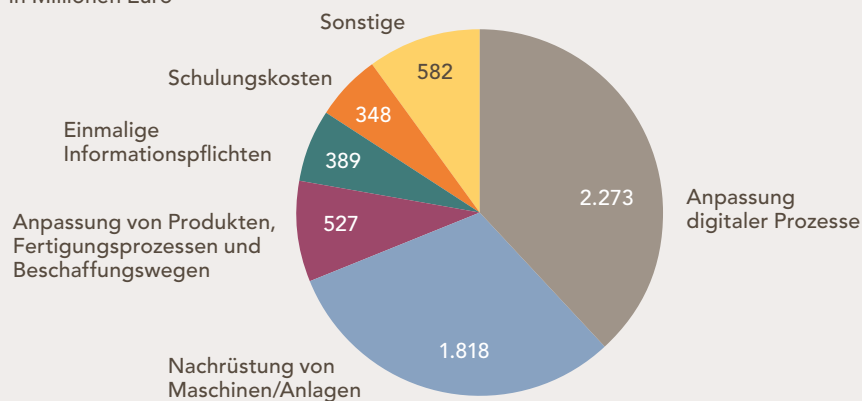
Auch die Festlegung einer Obergrenze für den Umstellungsaufwand durch die Bundesregierung würde vermutlich eine Begrenzung bewirken. Darüber hinaus könnte in diesem Zusammenhang ein noch zu diskutierendes Abschreibungsmodell für mehr Kostentransparenz sorgen.

Aber auch Maßnahmen wie eine verständlichere Gestaltung des Rechts, die Einbeziehung von Regelungsalternativen sowie die frühzeitigere Einbindung der Betroffenen (etwa Unternehmen) würden den Umstellungsaufwand vermutlich verringern.

Insgesamt ist gerade hinsichtlich der politischen Debatte festzuhalten: Ein geringerer Umstellungsaufwand soll unnötige Bürokratie, aber keine Schutzstandards abbauen. Damit könnten in den Unternehmen personelle und finanzielle Ressourcen für ebenfalls wichtige Maßnahmen (zum Beispiel die Entwicklung von Innovationen) frei werden.

Aus Sicht der Wirtschaftsverbände ist die Berücksichtigung des einmaligen Erfüllungsaufwandes auch bei der Bürokratiebremse (One-in-one-out-Regel) dringend erforderlich. Diese besagt, dass für jede neue kostenträchtige Regelung an anderer Stelle eine Regelung in gleicher Höhe abgebaut werden muss. [Angelika Becker \(becker@vci.de\)](mailto:becker@vci.de)

KOSTEN FÜR DEN EINMALIGEN ERFÜLLUNGS-AUFWAND DER WIRTSCHAFT
in Millionen Euro



Bürokratie verursacht Ausgaben: Durch die Anpassung digitaler Prozesse sowie das Nachrüsten von Maschinen gemäß neuen rechtlichen Vorgaben fallen die höchsten Kosten an.
Quellen: Statistisches Bundesamt, VCI

Aufruf:

Haben Sie Ideen/Beispiele oder Fragen zum Bürokratieabbau? Dann schreiben Sie bitte der Autorin.

KURZNACHRICHTEN

Terminhinweis: VCI-Mittelstandstag am 21. November 2019

Welche Erwartungen haben die Kundenbranchen an die chemische Industrie? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die Unternehmen? Diskussionen rund um diese Fragen sind ein Schwerpunkt des diesjährigen VCI-Mittelstandstags, der am 21. November in Frankfurt am Main stattfinden wird. Grundlage für den Dialog wird eine aktuelle Studie sein, die derzeit im Auftrag des VCI zu diesem Themenfeld erstellt wird.

Ein weiterer Fokus gilt der Krisenkommunikation: Wie können sich Unternehmen auf unvorhersehbare Schwierigkeiten oder Notfälle vorbereiten? Eine Übersicht und Best-Practice-Beispiele geben wertvolle Hilfestellungen.

Wie gewohnt wird der Mittelstandstag neben den Fachthemen auch wieder Raum für Austausch und Netzwerken der Teilnehmer untereinander geben. Bitte merken Sie sich den 21. November 2019 schon jetzt vor. Programm und Einladung werden in den nächsten Wochen in den VCI-Medien veröffentlicht und versendet.

Kontakt: Ihr Ansprechpartner für den Mittelstandstag ist Martin Stuhl. Telefon 069 2556-1395, E-Mail: stuhl@vci.de

Leuchttürme für CO₂-Einsparung in der Industrie gesucht

Die Deutsche Energie-Agentur (dena), der VCI und weitere Branchenverbände suchen noch bis 30. September 2019 Unternehmen, die bis 2021 ihre Prozesse und Anlagen energie- und klimafreundlich optimieren wollen. 15 besonders vorbildliche Vorhaben werden als „Leuchttürme für CO₂-Einsparung in der Industrie“ ausgezeichnet und in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt.

Das Vorhaben „Leuchttürme CO₂-Einsparung in Industrieunternehmen“ wird gefördert durch das Bundeswirtschaftsministerium und unterstützt durch den VCI. Gemeinsames Ziel ist es, branchenspezifische Potenziale zur Energieeffizienz und Emissionsminderung zu identifizieren und zu heben.

Die Leuchtturmprojekte sollen weitere Unternehmen motivieren, Klimaschutzmaßnahmen zu starten. Im Fokus stehen dabei emissionsmindernde Maßnahmen, die mit marktgängigen Technologien realisiert werden können, und der Abbau möglicher Hindernisse bei der Projektumsetzung.

Kontakt: Bewerbungen sind bis 30. September 2019 möglich. Mehr Details gibt es unter: www.co2-leuchttürme-industrie.de

Compliance im Mittelstand

Besserer Schutz von Hinweisgebern beschlossen

Artikelserie Teil 36:**KMU müssen jetzt handeln**

Hinweise auf Rechtsverstöße oder Verletzungen interner Regeln können helfen, Risiken frühzeitig zu erkennen. Viele Unternehmen haben daher bereits Systeme etabliert, die besonders den eigenen Mitarbeitern die Möglichkeit bieten, Hinweise vertraulich abzugeben. In Kürze tritt eine neue EU-Richtlinie zum Thema in Kraft. Den Übergangszeitraum von vier Jahren müssen KMU für die Einrichtung von Hinweisgebersystemen nutzen.

Die EU will die Einrichtung von Hinweisgebersystemen weiter fördern und vor allem die Hinweisgeber vor negativen Folgen schützen. Die von der EU-Kommission hierfür vorgeschlagene Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, tritt in Kürze in Kraft.

Der persönliche und sachliche Anwendungsbereich der Richtlinie ist dabei recht weit ausgefallen. Geschützt werden neben aktiven und ehemaligen Mitarbeitern auch freie Mitarbeiter und Mitarbeiter von Vertragspartnern oder Subunternehmen und deren Unterstützer. Diese Personengruppen sind vor Repressalien aufgrund der Meldung von Verstößen gegen unionsrechtliche Vorschriften (etwa bei den Themen Produkt- und Verkehrssicherheit, Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz) umfassend geschützt. Zu diesem Zweck enthält die Richtlinie einen umfangreichen Katalog an Maßnahmen, die als Repressalien gelten. Ergreift ein Unternehmen nach der Meldung eines Regelverstosses die aufgeführten Aktionen, muss es beweisen, dass diese Maßnahmen nicht als Vergeltung dienen, sondern auf hinreichenden sonstigen Gründen basieren.

Die Richtlinie verpflichtet Unternehmen außerdem zur Errichtung von unternehmensinternen und externen Meldestellen, zum Beispiel in Behörden. Hinweisgeber sollen grundsätzlich die Wahl haben, welchen dieser Meldewege sie einschlagen. Unter bestimmten Umständen können sie sich sogar direkt an die Öffentlichkeit wenden.

Auch für kleine und mittlere Unternehmen ist dies relevant. Die Pflicht zur Einrichtung interner Meldekanäle trifft nämlich alle Unternehmen ab 50 Mitarbeitern. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens sind allerdings gewisse Erleichterungen für KMU beschlossen worden. So sieht die Richtlinie vor, dass sich Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern zusammenschließen und gebündelte Meldekanäle einrichten können. Zudem soll der bürokratische Aufwand für KMU erleichtert werden, weil ihnen nach Ablauf der zweijährigen Umsetzungsfrist der Richtlinie weitere 2 Jahre zur Errichtung interner Meldestellen eingeräumt werden.

Marcel Kouskoutis (kouskoutis@vci.de), cla

Informationen anfordern

Weitere Informationen zu den Berichten in diesem „chemie report“ und eigene Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der VCI seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Folgen Sie dazu bitte den Internet-Links unter den Artikeln.

VCI-Dokumente können Sie bei Bedarf auch bei uns anfordern: Verband der Chemischen Industrie e. V., Leserservice chemie report 08/2019, E-Mail: chemiereport@vci.de, oder Telefax: +49 69 2556-1613.

Neuer VCI-Politikbrief

Das Thema Klimaschutz ist derzeit in aller Munde. Insbesondere über Modelle zur Bepreisung von CO₂ wird in Politik und Gesellschaft intensiv diskutiert. Der aktuelle Politikbrief beleuchtet und bewertet die verschiedenen Herangehensweisen aus Sicht der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Er erläutert das System des europäischen Emissionshandels, über den die Treibhausgasreduktion der Branche bereits erfolgreich geregelt ist. Download dieses und aller weiteren VCI-Politikbriefe unter:

www.vci.de/politikbrief



TERMINE DES VCI

DATUM	EREIGNIS	ORT
15.08.2019	Forschungspressekonferenz	Frankfurt am Main
26.09.2019	VCI-Mitgliederversammlung	Berlin
07.11.2019	Infoveranstaltung „Neue Gefahrgutvorschriften 2020“	Frankfurt am Main
15.11.2019	Mitgliederversammlung der VCI-Fachvereinigung Chemieparcs	Frankfurt am Main
21.11.2019	Mittelstandstag	Frankfurt am Main
28.11.2019	Große Informationsveranstaltung zu REACH und CLP	Frankfurt am Main
03.12.2019	Jahrespressekonferenz 2019	Frankfurt am Main

Impressum chemie report Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, Telefon: 069 2556-0, Telefax: 069 2556-1471, E-Mail: dialog@vci.de, Internet: www.vci.de, ISSN: 1436-1736 **Redaktionsschluss** 08.08.2019 **Auflage** 6.500 Exemplare **Verantwortlich** Manfred Ritz (mr) **Redaktion** Oliver Claas (cla, Leitung), Jürgen Udvari (udj), Monika von Zedlitz (mvz) **Layout** Susanna Koch **Leserservice** E-Mail: chemiereport@vci.de, Telefon: 069 2556-1496, Telefax: 069 2556-1613 **Klimaneutraler Druck** auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft, druckpartner, Essen **Fotos** animaflora/Fotolia.com (1), Henkel (3), picture alliance/dpa (2), European Chemicals Agency (4), Erdenebayar/pixabay (5), Hans F. Daniel (6), BDI (7 oben links), AnneKreuzFotografie (7 Mitte links), NABU/Hoffotografen (7 oben rechts), vzbv/Gert Baumbach (7 Mitte rechts), mw-luftbild.de/stock.adobe.com (8), European Union 2019 (9), nordroden/stock.adobe.com (10), Kara/stock.adobe.com (11), nitikornfotolia/stock.adobe.com (12), VCI/Spalek (13), Infraser Höchst (14), Wavebreak-Media/stock.adobe.com (15), Boris Trenkel (16 links), Hans F. Daniel (16 rechts), BMVI (17), metamorworks/stock.adobe.com (18), picture alliance/dpa (19), Oliver_Vosshage (20), Eisenhans/Fotolia.com (22), fotogestoeber/stock.adobe.com (23) **Grafiken** Michelle Bozem (12), Susanna Koch (2, 3, 21, 22)

Politische Top-Themen im VCI*

- **Energie und Klima:** Für ein industriefreundliches Klimaschutzgesetz einsetzen
- **Innovation:** Anreizstruktur für Innovationen in Chemie und Pharma
- **Industriepolitik:** Industriepolitische Strategie der Bundesregierung begleiten
- **EU-Handelspolitik:** EU-Handelsvereinbarungen vorantreiben
- **Agrar:** An der gesellschaftlichen Debatte zur Biodiversität beteiligen
- **Steuern:** Unternehmensteuerreform auf den Weg bringen

* Die Liste enthält die Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen als Top-Themen identifiziert hat. Sie stehen 2019 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Dokumente zu diesen und weiteren Branchenthemen finden Sie auf VCI-Online unter diesem Link: <https://www.vci.de/top-themen>